Fremdenblatt
4./III. 1916

Amerika und der U-Boot-Krieg.

Schroffe Haltung Wilsons.

K. Washington, 2. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Senat sagte Stone, der Standpunkt des Präsidenten sei der, daß er, wenn ein deutsches U-Boot ein bewaffnetes Handelsschiff versenkte, Deutschland wegen des ungesetzlichen Aktes zur Verantwortung ziehen werde, und daß er, wenn Deutschland auf seinem Standpunkte beharrte, geneigt sei, die Beziehungen abzubrechen und die Angelegenheit dem Kongreß zu unterbreiten, der über den Krieg zu entscheiden hat.

Stone mißbilligte den Standpunkt des Präsidenten, da er der Anschauung sei, daß ein bewaffnetes Handelsschiff einem Kriegsschiff gleichkomme.

K. Washington, 2. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es ist eine Erklärung von maßgebender Seite erschienen, welche die von Gore im Senat erhobenen Angriffe entschieden zurückweist. In der Erklärung wird mitgeteilt, daß ein demokratischer Führer bei der Konferenz im Weißen Hause Wilson fragte, was die wahrscheinlichste Folge eines amerikanischen Eingreifens gegen Deutschland sein würde. Wilson antwortete, daß es dazu beitragen würde, den Krieg zu verkürzen. Es wird aber verneint, daß Wilson den Wunsch aussprach, daß die Vereinigten Staaten am Kriege teilnehmen sollten, um ihn abzukürzen.

Lansing deutete an, daß die Vereinigten Staaten die deutsche Auffassung nicht annehmen könnten, daß ein Unterseeboot infolge seines gebrechlichen Baues Anspruch auf größere Rücksicht beim Angreifen habe als irgend eine andere Klasse von Kriegsschiffen. Im Staatsdepartement wird mitgeteilt, daß in Berlin Gerüchte umgehen, wonach fünf Sechstel des Kongresses gegen Wilson seien. Die amtlichen Kreise geben dies bekannt, um zu zeigen, bis zu welchem Grade Berlin falsch unterrichtet sei.